

Schweiz

Bombenalarm offenbart Sicherheitslücken im Bundeshaus

Verpatzte Evakuierung Nach dem Grosseinsatz im Zentrum von Bern kritisieren Betroffene und Experten den Verlauf der Räumung des Bundeshauses. Die Ständeratspräsidentin ging dabei gar vergessen.

Andres Marti, Beni Gafner
und Alessandra Paone

Wegen eines verdächtigen Mannes und dessen mitten auf dem Bundesplatz abgestellten schwarzen Autos herrschte am Dienstag in der Stadt Bern stundenlang der Ausnahmezustand. Nachdem die Polizei beim angehaltenen Verdächtigen Sprengstoffspuren festgestellt hatte, evakuierten die Sicherheitsbehörden das Bundeshaus und sperrten das Gebiet grossräumig ab. Fragen zum Sprengstofftest beantworten die Behörden aus «taktischen Gründen» nicht.

Für die Bundeshaus-Evakuierung und die Kommunikation ernten die Sicherheitsbehörden heftige Kritik: Ständerat Andrea Caroni bemängelt die Dauer der Evakuierung als «ewig». Er habe einen anwesenden Polizisten auf das langsame Prozedere aufmerksam gemacht, so Caroni. Dieser habe jedoch nur mit der Schulter gezuckt. «Jede Landdisco muss sich von Gesetzes wegen schneller evakuieren lassen», sagt Caroni.

Für Erstaunen unter den evakuierten Politikerinnen und Politikern sorgt auch die Tatsache, dass die Fedpol-Polizisten des Bundessicherheitsdienstes den Verdächtigen in die Eingangshalle des Bundeshauses nahmen, um ihn dort hinter einer Säule vorübergehend festzuhalten.

Bundesrat Guy Parmelin und die rund 50 Parlamentarierinnen und Parlamentarier mussten auf ihrem Weg nach draussen deshalb zuerst am Verdächtigen vorbeigehen, bevor sie durch die Drehtüren auf die Bundesterrasse gelangten. Weil immer nur eine Person nach der anderen die Drehtür nach aussen benutzen konnte, bildete sich ein Stau. Die Wartenden waren dabei im selben Raum wie der Verdächtige.

Wer ist eigentlich zuständig für was?

Dieser befand sich ausgerechnet vor dem Notausgang, einer grösseren Doppeltür, die aus bisher nicht bekannten Gründen geschlossen blieb. Durch diese Tür hätten die Parlamentarier deutlich schneller nach aussen gelangen können als durch die Drehtüren, die sofort blockieren, wenn sich mehr als eine Person darin befindet.

Das zeigt: Kaum etwas ist am Dienstagnachmittag so gelaufen, wie es in den vorhandenen Evakuierungskonzepten geschrieben steht.

In dieses Bild passt auch, dass Personen schlicht vergessen gingen: Die Thurgauerin Brigitte Häberli-Koller arbeitete allein in ihrem Präsidialbüro im ersten Stock des Bundeshauses und bekam von der Räumung vorerst nichts mit. Längere Zeit schaute die Ständeratspräsidentin durchs Bürofenster dem Bombenentschärfungsteam der Polizei zu, das unter ihr auf dem Bundesplatz arbeitete.

Auch der Berner Grossrat Tobias Vögeli wurde nur zufälliger-



Mit diesem Roboter untersuchte die Polizei das verdächtige Auto auf dem Bundesplatz in Bern. Foto: Anthony Anex (Keystone)

weise von einem Sicherheitsbeamten entdeckt und daraufhin aufgefordert, das Gebäude sofort zu verlassen.

Die Polizei liess den Bundesplatz und die umstehenden Gebäude räumen, weil sie bei einer Bombenexplosion herumfliegende Splitter befürchtete, die auch Personen treffen könnten, die sich hinter Fenstern befanden.

Sprengstoffexperte Fabian Venetz von der privatwirtschaftlichen Société Suisse des Explosifs in Brig VS sagt, es sei richtig gewesen, dass die Polizei die Gebäude um den Bundesplatz habe räumen lassen. Einige Kilogramm Sprengstoff in einem Auto genügen, um grossen Schaden anzurichten. Die Polizei befürchte in einer solchen Situation stets «weitreichenden Splitterwurf».

Erschwerend kommt hinzu, dass die Sicherheitsverantwortlichen am Dienstag keinen Überblick hatten, wie viele Personen sich überhaupt im Parlamentsgebäude befinden. Zwar gelangen Politiker, Angestellte und Journalisten nur mit einem Sicherheitsbadge ins Haus. Sie können so gezählt werden.

Auf der Südseite aber, wo sich der Besuchereingang befindet, herrscht seit einiger Zeit ein neues Regime. Besuchende werden beim Eintritt wie am Flughafen kontrolliert. Ihren Ausweis müssen sie jedoch nicht abgeben. Mit dem alten System war das noch der Fall. Das Sicherheitspersonal wusste damit nicht nur, wie viele Personen sich im Haus aufhalten, sondern auch, wer genau.

Ungenügende Alarmierung, vergessene Ratsmitglieder, Stau

vor den Ausgängen bei der Evakuierung: Hinter den Kulissen sorgt die verpatzte Evakuierung derzeit für heftige Diskussionen. Derweil schieben sich das Bundesamt für Polizei (Fedpol) und die Parlamentsdienste gegenseitig die Schuld zu.

So heisst es beim Fedpol (laut Website zuständig für den «Schutz von Personen und Gebäuden»), für die Durchführung von Evakuierungen seien die Parlamentsdienste zuständig. Und Betroffene kritisieren, dass eine verdächtige Person ausgerechnet dort festgehalten worden sei, wo alle rausgemusst hätten. Es sei nicht auszudenken, was passiert wäre, wären mehrere verdächtige Personen beteiligt gewesen.

Die Parlamentsdienste beantworten keine Fragen zur Evakuierung, reagieren stattdessen mit

einem knappen Statement: Man werde «mit dem Fedpol zusammen» die Abläufe analysieren und wenn nötig Verbesserungen in die Wege leiten. Die Evakuierungspläne haben die Parlamentsdienste zusammen mit dem Fedpol und weiteren Experten ausgearbeitet. Evakuierungen werden laut Parlamentsdiensten regelmässig geübt, auch mit Mitgliedern beider Räte.

Verteidigungsministerin Amherd dachte an Übung

Kritisiert wurde von Betroffenen auch die Situation auf der Bundesterrasse, wo die Evakuierten, darunter zwei Bundesräte und der Armeechef, von niemandem weggebracht oder über die Situation informiert wurden. Bundesrätin Viola Amherd sagte gestern am Rande einer Pressekonferenz,

sie habe gedacht, die Evakuierung sei eine Übung.

Auch bei der unklaren Situation vor dem Bundeshaus schieben sich die Behörden die Verantwortung gegenseitig zu: «Für polizeiliche Massnahmen ausserhalb des Parlamentsgebäudes ist die Kantonspolizei Bern zuständig», schreiben die Parlamentsdienste. Diese sieht das aber anders. Sie schreibt auf Anfrage: «Die weitere Personenlenkung ausserhalb des Gebäudes gehört zur Evakuierung und ist nicht Aufgabe der Polizei.»

Zudem informierte die Berner Polizei Betroffene nicht aktiv. Wer nicht über Twitter vernetzt



«Alle müssen schneller und in regelmässigen Abständen über den Stand der Situation informiert werden.»

Alex Kuprecht
Ständerat

ist und in Gebäuden festsass, musste sich die Informationen selbst irgendwie beschaffen. Das war auch im Medienzentrum so, wo die Anweisung, im Hause zu bleiben und die Fenster zu schliessen, zwar ausgegeben wurde. Aber niemand informierte die Journalisten am Abend über die Aufhebung dieser Sperre.

Reto Nause, Gemeinderat der Stadt Bern und zuständig für die Sicherheit, räumt zumindest bei der Kommunikation Fehler ein: «An der Kommunikation kann man grundsätzlich immer arbeiten. Während des Einsatzes hat die Kantonspolizei jedoch viele weitere Aufgaben», sagt Nause.

Auch Ständerat Alex Kuprecht sieht bei der Kommunikation Verbesserungspotenzial: «Alle, seien es die Ratsmitglieder in den Kommissionssitzungen, die Bundesräte in ihren Büros oder die Mitglieder der Parlamentsdienste, müssen schneller und in regelmässigen Abständen über den Stand der Situation informiert werden.»

Die Behörden von Bund, Kanton und Stadt haben nach der Bombenhektik vom Dienstag noch einigen Klärungsbedarf. Fragen zu den Zuständigkeiten ergeben sich gemäss Beobachtern auf Führungsebene, bei den Schnittstellen zwischen Fedpol, den Parlamentsdiensten und der Berner Polizei.